Kommentare

»Pedro Sánchez darf weder die Kleineigentümer verprellen noch die Wohnraumbewegung – sonst könnte Maricarmens Erbe für ihn zu einem vergifteten Geschenk werden.«

JULIA MACHER

Den Beitrag »Maricarmens Erbe: Spaniens Wohnungsnot im Wahlkampf« finden Sie auf Seite 25.

Kampfplatz Berlin: Die dämonisierte Linkskoalition als Türöffner für die AfD

Von ALBRECHT VON LUCKE

Wahrscheinlich wird es für immer ein Geheimnis bleiben, was am Abend der Berlin-Wahl am 20. September Issa Remmo, Clan-Chef und zentrale Größe der organisierten Kriminalität in Berlin, veranlasste, auf der Wahlparty der Neuköllner Linkspartei aufzulaufen und in die bereitstehenden Kameras und Mikrofone seine Begeisterung über den linken Wahlsieg zum Ausdruck zu bringen. Fest steht: Der von ihm angeblich so geschätzten Partei[1] hat er damit einen Bärendienst erwiesen. Und damit ist er keineswegs allein. Dass sich nicht nur Remmo, sondern auch Ibrahim Ibrahim, offizieller Vertreter des Vereinigten Palästinensischen Nationalkomitees (VPNK) und führender Kopf der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP)[2], bei der Bezirkswahlparty der Linken an der Seite des Neuköllner Bundestags-Abgeordneten Ferat Koçak und zudem Arm in Arm mit der Israel-Hasserin und frisch ins Abgeordnetenhaus gewählten Vanessa Emde zeigte, bürdete der möglichen Linkskoalition von Beginn an eine schwere Hypothek auf, an der sie bereits in den Sondierungsverhandlungen zeitweilig zu scheitern schien.

Denn der Proteststurm folgte, wie vorhersehbar, auf den Fuß: Wer sich wie die Linkspartei anschickt, die Hauptstadt zu regieren, muss wissen, dass er nun mit anderen Maßstäben gemessen wird als zuvor als Oppositionskraft. Damit rächt sich, dass man während des großen Mitgliederzuwachses der letzten Jahre ganz bewusst nicht hinreichend Distanz zu israelfeindlichen Milieus gehalten hat, sondern als Catch-all-Partei neuen Typs fast alles mitzunehmen versuchte, was dem eigenen Wachstum diente – mit der fatalen Konsequenz am Wahlabend. Kurzum: Wer sich auf diese Weise in die Gesellschaft von Figuren wie Ibrahim Ibrahim und Issa Remmo begibt, lädt zur Kritik förmlich ein.

ALBRECHT VON LUCKE, *geb. 1967 in Ingelheim am Rhein, ist Jurist, Politikwissenschaftler und »Blätter«-Redakteur.*

Allerdings ist die geübte Kritik keineswegs selbstlos, sondern jedenfalls in Teilen durch massive Eigeninteressen motiviert – nicht zuletzt durch das Ziel, mit den Angriffen auf die Linke die Brandmauer nach rechts zu Fall zu bringen und eine neue Konstellation unter Einbeziehung der AfD zu legitimieren.

Bei näherer Betrachtung der Kritik kann man vier Gruppierungen unterscheiden, die sehr unterschiedliche Anliegen verfolgen, wobei zwischen ihnen teils fließende Übergänge bestehen.

Da ist zunächst jene Gruppe, die sich ernste und nachvollziehbare Sorgen um die Unversehrtheit von Jüdinnen und

1 Erstmals fühle er sich von einer Partei unterstützt, so Remmo zur »Berliner Morgenpost«, 21.9.2026.

2 Ziel der PFLP ist die Befreiung »ganz Palästinas im bewaffneten Kampf«; bevorzugtes Mittel war lange die Erpressung mithilfe von Flugzeugentführungen, am bekanntesten die der »Landshut« 1977 zwecks Freipressung der in Stammheim inhaftierten RAF-Terroristen.

Juden in Berlin macht. Wenn etwa der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, vor einer Gefährdung jüdischen Lebens durch antisemitische Tendenzen in Teilen der linken Parteibasis warnt, ist das ebenso ernst zu nehmen wie der Vorwurf, dass der Antisemitismus in Teilen der Partei verharmlost wurde[3] – und tatsächlich auch weiter wird.[4] Zudem wird in diesem Kontext geltend gemacht, dass

»Die Dämonisierung der Linkspartei führt auf direktem Wege zur Verharmlosung der AfD.«

durch das reservierte Verhältnis der Linkspartei gegenüber der Polizei die allgemeine Sicherheit, aber auch das Ansehen der Stadt geschädigt werden könnten.

Allerdings geht diese Position fließend in die zweite Gruppierung über, die aus eher parteipolitischen Gründen eine linke Koalition in Berlin verhindern will, obwohl diese laut Wahlausgang eindeutig die präferierte ist, nachdem die schwarzrote Koalition unter dem Regierenden Bürgermeister Kai Wegner viele enttäuschte. Besonders stark vertreten sind hier eher konservative Sozialdemokraten des Seeheimer-Kreises, die auf die problematischen Positionen der Linkspartei, aber auch auf das vom SPD-Spitzenkandidaten Steffen Krach im Wahlkampf abgegebene Versprechen verweisen, Enteignungen nicht zuzustimmen.

Rot-Grün-Rot als »Honecker 2.0«

Das wiederum führt zur dritten Gruppe, die in maßloser Überzeichnung den Eindruck erweckt, eine linke Regierende Bürgermeisterin Elif Eralp stünde für die Abschaffung der Demokratie. So warnte CSU-Chef Markus Söder auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Relativierung der DDR-Diktatur vor »Honecker 2.0« und »Welt«-Kommentator Ulf Poschardt meinte ganz in diesem Geiste »mit der Linkspartei in Berlin […] die größte Bedrohung bürgerlichen Lebens und bürgerlicher Kultur seit 1949« ausgemacht zu haben. Exemplarisch für diese massive Überzeichnung ist auch Gideon Joffe, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, der sich ebenfalls in Springers »Welt« zu folgender Äußerung verstieg: »Der Plan der Linken, Immobilien aus privatem Besitz zu ›vergesellschaften‹, erinnert mich an dunkelste Zeiten – an die Arisierung von jüdischem Besitz im Nationalsozialismus«.[5]

Man kann den Berliner Vergesellschaftungsplänen, obwohl sie von diversen Ökonomen verteidigt werden,[6] durchaus kritisch gegenüberstehen, etwa was eine mögliche abschreckende Wirkung auf den geplanten Neubau von 100 000 Wohnungen durch private Investoren anbelangt.[7] All das aber rechtfertigt in keiner Weise die Gleichsetzung mit den antisemitisch motivierten Enteignungen der Nationalsozialisten. Dennoch findet diese Stoßrichtung Unterstützung, etwa durch den Historiker Michael Wolffsohn, der jungen jüdischen Berlinern sogar dazu rät, Stadt und Land zu verlassen, denn: »Wenn Elif Eralp oder Zohran Mamdani sagen, sie seien keine Antisemiten, dann bedeutet das nichts. Die Nazis wollten angeblich auch nur das Beste für das deutsche Volk.« Wolffsohns Konsequenz aus der Parallelisierung von Linkspartei und NSDAP: »Die Linkspartei ist derzeit eindeutig die gefährlichste deutsche Partei,

3 Zentralrat: Linke-Regierung bedroht jüdisches Leben Berlins, zeit.de, 22.9.2026. Siehe dazu auch den Beitrag von Udo Wolter in dieser Ausgabe.

4 Beispielhaft dafür waren die abwiegelnden Reaktionen der Linkspartei zu den Berliner Ereignissen bei der Aktuellen Stunde im Bundestag am 23.9.2026 (youtube.com/watch?v=9fjJFjf1mGc).

5 Zit. nach Marc Felix Serrao, »Die Linkspartei ist derzeit eindeutig die gefährlichste deutsche Partei«, in: »Die Welt«, 6.10.2026.

6 Sebastian Dullien, Patrick Kaczmarczyk, Tom Krebs und Achim Truger, Vergesellschaftung von Wohnbeständen: Ausgestaltung entscheidend für Finanzierbarkeit, Rechtssicherheit und Umsetzbarkeit, boeckler.de, 25.9.2026.

7 Björn Finke, Wie konnte diese Einigung auf Verstaatlichung nur geschehen?, sz.de, 19.10.2026.

nicht nur für Juden, sondern für die ganze Gesellschaft.«[8] Auf diese Weise führt die Dämonisierung der Linkspartei auf direktem Wege zur Verharmlosung der AfD.

In dasselbe Horn stößt der Chef des Springer-Verlages, Mathias Döpfner, der zu dem Schluss kommt, »dass die Linke mindestens [!] so gefährlich für die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist wie die AfD. […] Allein die theoretische Bereitschaft zu einem solchen Bündnis ist die größte moralische Bankrotterklärung der jüngeren Politikgeschichte.«[9] Döpfners Schlussfolgerung lautet: »Parteien, die das geschehen lassen, haben jeden Anstand verloren und jedes Recht verwirkt, im Namen von Demokratie und Geschichtsbewusstsein von ›Brandmauern‹ zu fabulieren.« Diese Äußerung leitet geradewegs über zu der vierten und politisch entscheidenden, da am weitesten gehenden Gruppierung, nämlich zu jenen, die die Lage in Berlin und die Position der Linkspartei ganz bewusst instrumentalisieren, um auf diese Weise eine Koalition mit der AfD vorzubereiten.

»Wie kann es sein, dass eine linksextremistische Partei zwei gemäßigt linke Parteien zu Koalitionsverhandlungen einladen darf, während der AfD genau dies verwehrt bleibt?«, stellt Ulf Poschardt die einschlägige rhetorische Frage.[10] Und noch einen rein strategisch motivierten Schritt weiter geht »Welt«-Autor Marc Felix Serrao, der direkt propagiert: »Lasst die Linke doch regieren«, nicht weil ihm am Wohl der Stadt Berlin gelegen wäre, sondern im Gegenteil: für eine ganz andere, »größere – und angesichts des schwindenden Vertrauens in die Demokratie überfällige – Korrektur«. Denn, so Serrao weiter: »Die ›Brandmauer‹ zur AfD wäre in dem Moment argumentativ tot, in dem Grüne und Sozialdemokraten Frau Eralp das Rote Rathaus überlassen. Denn die etablierten Parteien können nicht den einen Pol des politischen Spektrums an die Spitze einer Regierung hieven und den Gegenpol weiter ächten. Das macht der Souverän nicht mit.« Auf diese Weise kommt Serrao zu dem gewünschten Schluss: »Eine sozialistische Berliner Bürgermeisterin würde also im Rest der Republik erstmals nach Jahrzehnten die Tür für eine nichtlinke Politik öffnen. Hübsche Pointe.« Diese »hübsche Pointe« des »Welt«-Autors Serrao steht, bis in den Wortlaut, ganz im Einklang mit seinem Chef Döpfner: »Eine Pointe der deutschen Geschichte könnte darin bestehen, dass das Antiliberale, während fast alle Politikbeobachter nach rechts starren, von links einmarschiert. Der Teufel kommt selten zweimal durch die gleiche Tür«, lässt Döpfner seinen programmatischen Text gegen die »rotlackierten Faschisten« enden und wendet damit seinen Blick einseitig nach links – und weg von rechts.

»Das rechte Parteienspektrum fürchtet mit der Entstehung einer rot-grün-roten Perspektive die strukturelle Untergelegenheit.«

Diese ganze Argumentation steht und fällt mit der Dämonisierung der Linkspartei zwecks Entdämonisierung der AfD. Vergessen gemacht werden soll, dass es sich bei der AfD im Gegensatz zur Linkspartei um eine in fünf Bundesländern als gesichert rechtsextremistisch eingestufte Partei handelt. All das geschieht mit dem eindeutigen Ziel, die Brandmauer nach rechts zu Fall zu bringen. Denn, so Serrao völlig unverblümt: »Fiele die Mauer, wäre die CDU nicht länger an linke Partner gebunden. Alles andere ist Theaterdonner.«[11]

8 Marc Felix Serrao, a.a.O.

9 Hier und im Folgenden: Mathias Döpfner, »Rotlackierte Faschisten!«, in: »Welt am Sonntag«, 11.10.2026.

10 Ulf Poschardt, Die politische Mitte ist erledigt, in: »Die Welt«, 19.10.2026.

11 https://x.com/MarcFelixSerrao, 9.10.2026.

Hier liegt der am tiefsten reichende Grund für die massive Kampagne gegen eine linke Koalition in Berlin und speziell gegen die Linkspartei. Das rechte Parteienspektrum fürchtet mit der Entstehung einer rot-grün-roten Perspektive die strukturelle Untergelegenheit, da es selbst über eine solche, rechte Alternative zur großen Koalition nicht verfügt, aufgrund der noch existierenden Brandmauer zur AfD. Für diese linke Regierungsalternative stehen die Koalitionsverhandlungen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Aber die Haupstadt ist aufgrund ihrer radikaleren Linkspartei die weiche Stelle für die Angriffe von rechts.

Daraus resultiert im Umkehrschluss für alle an dieser potenziellen Koalition Beteiligten, aber vor allem für die Linkspartei, eine dreifache Verantwortung: erstens gegenüber allen Jüdinnen und Juden in Berlin, deren Sicherheit unbedingt und ohne Abstriche garantiert werden muss. Zweitens für die Bürgerinnen und Bürger Berlins, die ein Recht darauf haben, gut regiert zu werden und deren ökonomische und soziale Zukunft nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden darf. Dieser Vorwurf trifft aber nicht minder all jene, die mit völlig überzogenen Zerrbildern den Eindruck erwecken, in Berlin stünde der Sozialismus (»Honecker 2.0«) vor der Tür, und so ihrerseits jeden Investor abschrecken – ganz im Sinne einer Selffulfilling Prophecy, deren fatales Ergebnis sie anschließend anprangern und der Linken zur Last legen können.

Drittens aber tragen die potenziellen Koalitionäre Verantwortung für das gesamte Land. Denn jedes Scheitern dieser Koalition wäre eine Steilvorlage für die AfD und all jene, die eine Koalition mit ihr befürworten. Ein Versagen seitens Rotgrün-rots wäre willkommene Munition für die, die schon lange darauf setzen, die SPD aus der Regierung zu werfen und mit einer Minderheitsregierung zu regieren, also faktisch von Gnaden der AfD. Und wie die oben dargestellte Argumentation belegt, würde das Scheitern des linken Experiments genutzt als Begründung für den Einstieg in eine schwarz-blaue Koalition im Bund, getreu dem Motto: Was diese linken Extremisten können, kann uns doch nicht verboten sein!

Es reicht daher nicht, wenn der grüne Parteivorsitzende und Verhandlungsführer Werner Graf lapidar erklärt: »Ich habe Angst vor einer faschistischen Regierung, aber keine vor einer progressiven Regierung.« Diese rot-grün-rote Koalition wird, sollte sie denn zustande kommen, wie keine Landesregierung vor ihr unter Beobachtung stehen und muss daher selbst erst den Beweis erbringen, dass sie progressiv, also zum Besten der Stadt Berlin und letztlich auch des Landes ist.

Das ist die Verantwortung der linken Seite des Parteienspektrums. Wie aber verhält es sich mit der Verantwortung der Konservativen oder der Rechten?

NIUS, Apollo und viele andere »neue soziale Medien« sind längst reine AfD-Vorfeld-Medien, ganz zu schweigen von Jürgen Elsässers »Compact«-Magazin, dem soeben in Magdeburg ein Fernsehstudio eingerichtet wurde. Doch auch im Falle der ebenfalls immer stärker nach rechts ausholenden Springer-Medien muss man leider daran zweifeln, dass sie die permanente Verharmlosung der AfD beenden und sich so doch noch auf ihre besondere historische Verantwortung besinnen. Denn wo heute der »Axel-Springer-Campus« mit dem gewaltigen, 2020 fertiggestellten Neubau liegt, in der Zimmerstraße 37–41 im vormaligen »Berliner Zeitungsviertel«, lag vor hundert Jahren das Zeitungsimperium Alfred Hugenbergs (vormals Scherl-Verlag), von dem aus mit journalistischen Mitteln der Weg in den Nationalsozialismus bereitet wurde. Was, wenn nicht dieses Erbe sollte Döpfner, Poschardt, Serrao und Co. eigentlich zu einer klaren Haltung verpflichten: Nie wieder Rechtsextreme an der Regierung! Doch nach allem, was man derzeit von ihnen liest, sieht und hört, wäre es fast ein Wunder, würde ihnen diese bittere Lehre des 20. Jahrhunderts wieder einfallen. ⬡